



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher, Maximilian Deisenhofer, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Anne Franke, Susanne Kurz, Hep Monatzeder, Anna Schwamberger, Gabriele Triebel** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Für die Sicherheit unserer Kinder: Schwimmbäder in Bayern nicht sterben lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, den Sanierungsstau von knapp 1,8 Mrd. Euro endlich aufzulösen und unsere bayerischen Kommunen bei der Instandsetzung ihrer Schwimmbäder nicht länger alleinzulassen. Als erste Maßnahmen sind vorzunehmen:

- Die Einberufung eines Bädergipfels. Im Dialog mit kommunalen Spitzenverbänden, Wasserrettungsorganisationen und Schwimmverbänden sind die grundlegenden Bedarfe abzufragen und Weichen für die Zukunft zu stellen. Dazu zählen auch energetische Konzepte, um durch Sanierungsmaßnahmen und eine Nutzung erneuerbarer Energiequellen die laufenden Betriebskosten dauerhaft zu reduzieren.
- Die Verschlankung der Förderkulisse und ein gezieltes Beratungsangebot des Freistaates, damit die Antragstellung für die Kommunen unbürokratischer vorstattengeht und Fördermittel nicht länger ungenutzt liegen bleiben.
- Eine insgesamt kraftvollere Finanzausstattung durch den Freistaat für seine Kommunen. Baumaßnahmen, die aus Kostengründen momentan aufgeschoben werden, sind angesichts von Inflation und Fachkräftemangel mittel- und langfristige kaum mehr zu realisieren. Ein weiteres Dahinwarten lässt den Investitionsbedarf anwachsen, hohe Unterhaltskosten – meist durch den Einsatz fossiler Energieträger verursacht – bringen Bayerns Kommunen zunehmend an ihre Belastungsgrenze.

Begründung:

Immer weniger Kinder in Bayern können sicher schwimmen. Wasserrettungsorganisation wie die Deutsche Lebens-Rettungs-Gesellschaft (DLRG) oder die Wasserwacht schlagen seit Jahren Alarm. Als wesentliche Ursache für diesen besorgniserregenden Zustand benennen Expertinnen und Experten den schlechten Zustand der Schwimmbäder in Bayern. Dies bestätigt auch der Bericht der Staatsregierung auf einen Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drs. 18/17453): 867 Schwimmbäder im Freistaat befinden sich in öffentlicher Hand. 229 davon ordnen die Kommunen als sanierungsbedürftig, zusätzliche 223 Hallen- und Freibäder sogar als dringend sanierungsbedürftig ein. Mehr als die Hälfte der Bäder ist demnach von der Schließung bedroht. Immer mehr Kommunen fühlen sich vom Freistaat im Stich gelassen – auch weil Förderprogramme wie beispielsweise das Sonderförderprogramm Schwimmbadförderung (SPFS) dem Bedarf in keinsten Weise gerecht werden. Einem Investitionsvolumen von knapp 1,8 Mrd. Euro stehen Fördermittel in einer Gesamthöhe von 120 Mio. Euro gegenüber. Wenig attraktive Fördersätze und hohe Auflagen bei der Antragstellung führen erschwerend dazu, dass der jährliche Bewilligungsrahmen von jeweils 20 Mio. Euro seit

dem Start des Programms 2019 nicht ansatzweise ausgeschöpft wird (vgl. Drs. 18/26369).